



# NEUE GEMEINDE

[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

*info*



**Alles Gute zum 70. Geburtstag: GVV Altpräsident Ernst Schmid feierte sein rundes Jubiläum**

Seite 3

**Mehr Geld für die Gemeinden:** Das Land Burgenland unterstützt seine Kommunen mit 6,5 Millionen Euro zusätzlich  
Seite 5

**Pamela Rendi-Wagner im Interview:** „Am 29. September wählen gehen, damit Menschlichkeit siegt!“  
Seiten 10-11

**Leuchtturmprojekte:** GVV Burgenland und Städtebund Burgenland unterstützen Gratiskindergarten, Mindestlohn und Pflegeplan  
Seite 8

**Klartext!**

Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV  
Burgenland

## Gemeinden mit sozialer Handschrift gestalten!

**Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen!**  
**Liebe GemeindevertreterInnen!**  
**Sehr geehrte Damen und Herren!**

Unsere Gemeinden sind ein enorm wichtiger Hebel für die Umsetzung von sozialpolitisch wichtigen Maßnahmen im Land. In der Regel unterscheiden sich dabei die SPÖ-geführten Gemeinden in der Prioritätensetzung maßgeblich von anderen. Nur ein Beispiel dafür ist das unterschiedliche Kindergartenangebot. Ich denke, es ist sehr wichtig, unser Heimatland Burgenland sozialpolitisch weiter zu entwickeln, sich damit entscheidend zu profilieren und eine soziale Handschrift zu dokumentieren! Das geht natürlich nur Hand in Hand zwischen der Landesvertretung und den Gemeindevertretern.

### Im Gespräch

Bei einem konstruktiven Gemeindegipfel am 21. August 2019 mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, den Landesrätin Daniela Winkler und Christian Illedits sowie Gemeinde- und Städtevertreter aller Fraktionen wurden die wichtigen Vorhaben Gratiskindergarten, Mindestlohn und Zukunftsplan Pflege beraten und gemeinsam einige Anpassungen erarbeitet. Jedenfalls wurde einhellige Unterstützung signalisiert und weitere Gemeindegipfel für die Zusammenarbeit bei gemeinschaftlichen Aufgaben vereinbart. In einem offenen Diskussionsprozess wurden diese sozialpolitischen „Leuchtturmprojekte“ (Gratiskindergarten, Mindestlohn, Pflege) auch in unserer GVV-Vorstandssitzung am 26. August 2019 von allen Seiten beleuchtet. Der GVV Vorstand hat daraufhin einstimmig die Unterstützung dieser wichtigen Vorhaben beschlossen. Gleichzeitig werden aber zur nachhaltigen Finanzierung dieser Bereiche kontinuierlich konkrete Gespräche mit der Landesregierung geführt. Klar ist, es müssen alle einnahmenseitigen Potentiale seitens der Gemeinden und auch alle Unterstützungsmöglichkeiten des Landes für die Gemeinden gehoben werden, damit der geschätzte zusätzliche Kostenaufwand bewältigt werden kann. Jedenfalls muss auch in Zukunft ein finanzieller Gestaltungsspielraum in den Gemeinden vorhanden sein!

Es sollen auch von den Gemeindevertretern Vorschläge zur gemeindeeigenen Kostensenkung und betreffend Kooperationsmöglichkeiten zwischen Gemeinden bzw. auch zwischen dem Land und den Gemeinden erarbeitet werden. Ich ersuche euch deshalb, auch eure Vorschläge und Meinungen in diesen Prozess beim GVV einzubringen!

### Im Wahlkampf

Die nächsten Tage und Monate sind unseren Gemeinden nicht nur geprägt von kommunalpolitischer Sacharbeit, sondern es geht auch darum, die politische Kommunikation und Überzeugungsarbeit zu verstärken. Denn nur wenn wir es verstehen, die gemeinsame gute Arbeit im Land und in unseren Gemeinden auch in einen klaren Auftrag für uns Sozialdemokraten bei den Nationalratswahlen und den Landtagswahlen umzumünzen, werden wir auch auf die erforderliche Unterstützung für die Fortsetzung unserer Erfolgsgeschichten setzen können. In diesem Sinn freue ich mich auf eine gemeinsame gute Zukunftsgestaltung und wünsche uns allen viel Erfolg.

Mit freundschaftlichen  
Grüßen Euer

Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Gemeindefeferent Landesrat Christian Illledits mit der Datenschutzbeauftragten Dr.<sup>in</sup> Barbara Zechmeister.



## Land bietet Datenschutzbeauftragte auch für die Gemeinden an

**Fachkundige Juristin übernimmt Gemeinde-Agenden kostenlos – GVV begrüßt diesen ersten wichtigen Schritt.**

Gemäß DSGVO muss ausnahmslos jede Behörde und jede öffentliche Stelle einen Datenschutzbeauftragten benennen. Öffentliche Einrichtungen können auch einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten benennen. Der GVV Burgenland hat im Jahr 2018 die Gemeinden umfassend über die rechtlichen Rahmenbedingungen der DSGVO informiert. Ein gemeinsamer Datenschutzbeauftragter Land/Gemeinden konnte 2018 noch nicht umgesetzt werden. Der GVV hat 2018 gemeinsam mit den Städtebund Burgenland verschiedene Angebote von zertifizierten Firmen eingeholt, verglichen und den Gemeinden zur Verfügung gestellt, sodass die GVV Mitgliedsgemeinden die Möglichkeit hatten, entsprechende Angebote auszuwählen und die rechtlichen Vorgaben einzuhalten. Ein Teil dieses umfangreichen DSGVO Pakets ist eben auch die Benennung einer mit dem Datenschutz beauftragten Person. Um für maximale Transparenz zu sorgen, haben Vertreter der zwei Verbände (GVV/STB Burgenland) die vorliegenden Angebote einer Prüfung unterzogen und in einem Preisspiegel verglichen. Damit soll sichergestellt werden, dass es mehrere Angebote gibt und den Gemeinden ein Instrument in die Hand geben wird, um vernünftig, faktenbasiert verhandeln zu können. Die Verbände ha-

ben auch explizit darauf hingewiesen, dass bei den meisten Angeboten eine EIGENLEISTUNG zu erbringen ist und dass eine eventuelle Beauftragung eines Unternehmens grundsätzlich im Gemeinderat zu beschließen ist.

Seit 1. September dieses Jahres stellt nun das Land den burgenländischen Gemeinden kostenlos eine Juristin zur Verfügung, die die vorgeschriebene Funktion der Datenschutzbeauftragten erfüllt. Bisher haben die Gemeinden diese Personen selbst gestellt oder die Aufgabe über Verträge an externe Unternehmen ausgelagert. Mit 1. September steht vom Land Burgenland Dr.<sup>in</sup> Barbara Zechmeister parat, die, sollte sie beauftragt werden, die Datenverarbeitung systematisch und regelmäßig überwacht und den Betroffenen für Fragen zur Verfügung steht. Sie ist auch in alle Angelegenheiten mit einzubeziehen, die in Zusammenhang mit dem Schutz der personenbezogenen Daten (persönlichen Informationen) stehen. Jene Gemeinden, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen wollen, können die erforderlichen Vereinbarungen direkt mit dem Land abschließen. Die Dienstleistung ist kostenlos und damit eine Entlastung der Kommunen. Dr.in Barbara Zechmeister wird für die Erfüllung ihrer Aufgaben in ihrer neuen Funktion weisungsfrei gestellt. Das Land will mit dieser zentralen Lösung und der Bündelung von Ressourcen den Kommunen den Rücken stärken. Der GVV begrüßt diesen Schritt.

## GVV Altpräsident Schmid feierte 70er

Ende August feierte GVV Altpräsident Ernst Schmid in Oggau mit zahlreichen Freunden und Wegbegleitern seinen 70sten Geburtstag. Schmid, 1949 geboren, war von 1997 bis 2017 Bürgermeister der Marktgemeinde Oggau im Bezirk Eisenstadt-Umgebung.

Von 2001 bis 2013 war er Präsident des GVV Burgenland und in dieser Zeit auch mehrere Jahre Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes. Er übernahm die Funktion des GVV-Präsidenten von Walter Prior und übergab 2013 an den derzeitigen Präsidenten Erich Trummer.

Zahlreiche Ehrengäste kamen aus ganz Österreich, um mit dem Jubilar im Gemeindegarten in Oggau zu feiern. An der Spitze Altlandeshauptmann Hans Niessl, der ehemalige Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Helmut Mödlhammer, Landesrätin und SPÖ Bezirksvorsitzende Astrid Eisenkopf, GVV Österreich Vorsitzender Rupert Dworak aus Niederösterreich, Präsident Erich Trummer und Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold vom GVV Burgenland sowie GVV Altpräsident Walter Prior.

Gewürdigt wurde vor allem Ernst Schmid Engagement für die burgenländischen Gemeinden und die zahlreichen Gemeindefunktionäre, die Schmid immer ein besonderes Anliegen waren.

### QR Code GVV



*Zur Sache!***Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**

Mag. Herbert Marhold  
GF GVV Burgenland

Die guten Ergebnisse bei Grunderwerb- und Mineralölsteuer sorgen für ein Plus von 4,8% bei den Ertragsanteilen im September. Die aktuellen September-Vorschüsse basieren auf dem Abgabenaufkommen vom Juli und dieses zeigte stabile Zuwächse bei der Umsatzsteuer (+3,8%) und der Lohnsteuer (+4,6%). Das Plus bei den September-Vorschüssen der Gemeinden resultiert aber vor allem auch aus einem Nachholeffekt bei der Mineralölsteuer, die gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr um gut ein Drittel zulegen sowie aus einer weiterhin starken Grunderwerbsteuer (+12,6% gegenüber dem Juli-Aufkommen 2018). Diese guten Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns langsam, aber stetig, auf eine Rezession zubewegen. Die Wirtschaftsdaten aus Deutschland sind eindeutig und Österreich hängt eben stark vom Wohl und Wehe der deutschen Wirtschaftslage ab.

Der letzte FAG wurde vom Land und dem GVV gut für das Burgenland verhandelt – mit einem Plus von mehr als 90 Millionen Euro über die gesamte FAG Periode. Es ist uns damals gelungen, dass sehr viele Gemeinden im Burgenland mehr Geld bekommen und jedenfalls keine Gemeinde (pro Einwohner gerechnet) Geld verlieren wird. Mit 3,34% (VZ 2017) der Einwohner bekommen somit wir Burgenländer 7% der zusätzlichen Gelder! Land und Gemeinden sitzen in einem Boot, und deshalb ist uns als GVV die gute Zusammenarbeit so wichtig. Deshalb werden wir als GVV auch die drei großen Themenbereiche des Landes Masterplan Pflege/Mindestlohn/Gratis-Kindergarten mittragen, obwohl dies einen großen finanziellen Aufwand für unsere Gemeinden darstellt.

Klar ist aber auch, dass damit auf der Einnahmenseite der Kommunen eine Verbesserung stattfinden muss. Neben Bürokratieabbau und mehr Kooperation im Burgenland selbst, setzen wir auch auf mehr Gerechtigkeit österreichweit. Die nächsten FAG Verhandlungen stehen vor der Tür. Es ist jetzt Zeit, sich darauf vorzubereiten. Wir haben schon beim letzten FAG das Motto ausgegeben „Jeder Bürger muss gleich viel wert sein!“ – und diesen Weg werden wir weiterverfolgen! Für den Investitionsspielraum in unseren Gemeinden wollen wir eine bundesweit gerechtere Verteilung der Gelder. Das Ungleichgewicht bei der Bewertung der Einwohner in den einzelnen Bundesländern muss fallen! Das jetzt vorherrschende West-Ost Gefälle ist nicht gerecht und sollte stufenweise angepasst werden, vor allem, da sich in Kärnten, großen Teilen der Steiermark, den nördlichen Teilen Niederösterreichs und im Südburgenland viele strukturschwache Regionen befinden, die stark auch von Abwanderung und in den letzten Jahren – man denke an die Südoststeiermark – auch vom Klimawandel betroffen sind. Hier muss mehr Gerechtigkeit zu mehr Geld für die dort befindlichen Gemeinden führen!

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold  
Geschäftsführer GVV Burgenland

GVV Präsident Erich Trummer mit Gemeindeforent Landesrat Christian Illedits und Städtebund Burgenland Vorsitzende KO Ingrid Salamon  
Foto: GVV Burgenland



## Land Burgenland stärkt seine Kommunen mit 6,5 Mio. Euro zusätzlich

**„In keinem anderen Bundesland werden Gemeinden und Städte bei gemeinschaftlichen Aufgaben so gut unterstützt wie im Burgenland“, betonten SPÖ-Klubobfrau und Städtebund Vorsitzende Ingrid Salamon und GVV Präsident Erich Trummer. Die von der ÖVP Burgenland geschürte Neiddebatte bei den Gemeindefinanzen verurteilen die beiden SPÖ Gemeindevertreter scharf.**

Man müsse sich nur die Daten und Fakten ansehen, so Salamon und Trummer. Bei den Kosten für die gemeinsamen Aufgaben trägt das Land 74 Prozent aller Ausgaben – die Gemeinden 26 Prozent. Zum Vergleich: In Oberösterreich übernimmt das Land nur 55 Prozent, den Rest bezahlen die Gemeinden. Für neue Projekte gibt es auch mehr Geld: Beim Gratiskindergarten unterstützt das Land die Gemeinden künftig mit 6,5 Millionen Euro zusätzlich, was den Entfall der bisherigen Elternförderbeiträge des Landes übersteigt. Die von den Kommunen bisher ausgeschöpften 24,5 Millionen Euro werden auf rund 31 Millionen Euro aufgestockt. Das Land Burgenland ist bei den gemeinsamen Aufgaben ein starker Partner der Gemeinden. Die Burgenländischen Kommunen zahlen im Österreichvergleich bei Sozialhilfe- und Spitalfinanzierung am wenigsten. In Niederösterreich tragen die Gemeinden die Hälfte der Kosten für die Spitäler. Im Burgenland sind es lediglich

10 Prozent. „Die ÖVP Burgenland versucht das Land gegen die Gemeinden auszuspielen. Tatsache ist, dass das Burgenland die Gemeinden mehr unterstützt als alle anderen Bundesländer“, stellt Salamon klar. GVV Präsident Trummer ergänzt: „In Oberösterreich müssen beispielsweise die Gemeinden die Pflege in gemeindeeigenen Sozialsprengel alleine organisieren. Hier hilft das Land im Burgenland viel mit!“

„Wir stehen als Gemeindevertreter zu den Leitprojekten Mindestlohn, Pflegeplan und Gratiskindergarten. Dazu gibt es auch einen einstimmigen GVV-Vorstandsbeschluss“, sind sich Trummer und Salamon einig. Die Gemeindevertreter wollen diese Projekte gemeinsam mit dem Land umsetzen. Trummer: „Bei den großen Finanzierungsherausforderungen ist das Land ein verlässlicher Partner der Gemeinden gewesen und wird diese Verantwortung auch weiter wahrnehmen. LH Hans Peter Doskozil hat immer das Gespräch mit uns gesucht. Aber man muss diese wechselseitige Wertschätzung auch einfordern und annehmen! Hier vermisse ich seitens der ÖVP konkrete Vorschläge und seriöse, faktenbasierte Aussagen!“ Nach mehreren intensiven Gesprächen mit LH Hans Peter Doskozil sind jetzt bereits erste konkrete Maßnahmen zur nachhaltigen Gegenfinanzierung für die neuen Projekte auf dem Tisch - vom gemeinsamen Datenschutzbeauftragten bis hin zu den 6,5 Mio. Euro zusätzlich für den Gratiskindergarten.

## Mehr Geld für Breitbandausbau

**2013 wurde von der damaligen Bundesregierung die sogenannte Breitbandmilliarde beschlossen. Bis zum heutigen Tag wurde der Großteil – rund 820 Mio. Euro – des für die Aktion veranschlagten Budgets verbraucht. Das erklärte Ziel ist eine flächendeckende Versorgung der Haushalte mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 100 Mbits/s. Bis zum Jahresende 2020 soll dies nahezu abgeschlossen sein.**

Um den gesamten Ausbau weiter schnellstmöglich voranzutreiben, veröffentlichte der zuständige Minister Anfang August die Breitbandstrategie 2030. Finanziert wird diese aus den verbleibenden Mitteln der Breitbandmilliarde, Investitionen der Netzbetreiber und Erlösen einer geplanten Auktion von Lizenzen im kommenden Frühjahr. Allein dafür werden rund 350 Millionen Euro kalkuliert. „Das Burgenland verfügt bereits über eine gut ausgebaute, nahezu flächendeckende Breitbandinfrastruktur. Natürlich gibt es in der ein oder anderen Region – besonders im stark ländlich strukturierten Südburgenland – Aufholbedarf. Wir werden alle Player ins Boot holen, um für die Menschen in unserem Lande eine bestmögliche Breitbandversorgung zu schaffen“, so der dafür zuständige SPÖ Landesrat Christian Illedits.

### Gesamtstrategie bis Jahresende

Für die Anbindung schwach ausgebauter Breitband-Regionen gibt es das sogenannte Backhaul-Programm, das Zuschüsse von bis zu 50 Prozent für höhere Geschwindigkeiten aus der Breitbandmilliarde des Bundes vorsieht. Trotz Förderzuschüssen von rund der Hälfte der Gesamtinvestitionskosten sind die Provider aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht bereit, das Ausbauprogramm in Anspruch zu nehmen. Hier ist der Bund gefordert, die Förderparameter so anzupassen, dass die Provider sowohl strukturschwache als auch strukturstarke Regionen gleichermaßen ausbauen! Das Land Burgenland erarbeitet auch selbst eine Gesamtstrategie. Die Planungen mit Experten und laufende Gespräche bilden dabei die Basis für die weitere Vorgehensweise. Bis zum Ende des Jahres soll es eine Breitbandstrategie für das Burgenland geben.

## Gemeindefinanzstatistik: Ein „Sehr gut“ für die burgenländischen Gemeinden

**D**ie Gemeinden des Burgenlandes haben in Summe den positiven Weg der vergangenen Jahre erfolgreich weitergeführt. Das ist das Ergebnis der aktuellen Gemeindefinanzstatistik 2018, die am 25. Juni 2019 von Landesrat Christian Illedits der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

„Die Finanzlage der burgenländischen Kommunen im Haushaltsjahr 2018 zeigt, dass unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Amtsleiterinnen und Amtsleiter auch im Vorjahr durch eine sparsame und zweckmäßige Erledigung ihrer Aufgaben, gewissenhaft und nachhaltig gewirtschaftet haben“, so Landesrat Christian Illedits. Konkret stehen den Gesamteinnahmen von rund 726 Millionen Euro aller 171 burgenländischen Gemeinden Gesamtausgaben von etwa 624 Millionen Euro gegenüber. Durch dieses gute Ergebnis konnten mehr als 100

Millionen Euro in wichtige Infrastrukturprojekte investiert werden. Im Detail wurde ein Drittel davon für den Bildungs- und Sozialbereich, wie beispielsweise für Schulen und Kindergärten oder Angebote der Freizeitgestaltung aufgewendet. Rund zwei Drittel wurden für die Daseinsvorsorge im Bereich Straßenbau, Müllentsorgung, Abwasserent- oder Wasserversorgung, wie, zum Beispiel, Ausbau und Instandhaltung von Kanälen, Investitionen in Kläranlagen, Instandhaltung des Wasserversorgungsnetzes bis hin zu Hochwasserschutzprojekten verwendet. Der Schuldenstand erhöhte sich um 1,4 Millionen Euro – von 309,3 im Haushaltsjahr 2017 auf 310,7 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2018 – nur gering. Die von den Gemeinden übernommenen Haftungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich, nämlich um 8,2 Millionen Euro, auf rund 179,5 Millionen Euro, gesunken.



Gemeindefinanzstatistik 2018  
Landesrat  
Christian  
Illedits  
präsentierte  
die Ergebnisse  
der Gemeindefinanzstatistik  
2018

Foto: LMS

Die burgenländischen Gemeinden erwirtschafteten im Jahr 2018 auch eine Freie Finanzspitze von rund 55,9 Millionen Euro. Das sind um rund 9,8 Millionen Euro mehr, als im Vorjahr. Der Finanzierungssaldo, oder auch das Maastricht-Ergebnis, hat sich im Jahr 2018 auf rund 5,1 Millionen Euro summiert.



**energie  
BURGENLAND**

Für Baby Lena gab's  
den Babybonus.

Den Babybonus  
gibt's für Lenas Baby.

**20 Jahre  
Babybonus**

*Wir sind  
Energie-  
Gewinner.*

An die nächsten Generationen denken – für uns als verantwortungsbewusster Energieversorger ist das mehr als nur eine Werbeaussage. Deshalb bekommt jedes neugeborene Kind seit 20 Jahren eine kleine finanzielle Starthilfe. Holen auch Sie sich jetzt Ihren Babybonus von 75 Euro! Mehr Infos unter: [www.energieburgenland.at](http://www.energieburgenland.at)



## ***GVV Kulturreise 2020***

### **Dubrovnik - MONTENEGRO**

**Dienstag, 07.04.2020 bis Samstag, 11.04.2020, 5 Tage**  
**Teilnehmerzahl: min. 25 Personen/max. 35 Personen**



**Dubrovnik – Bucht von Kotor – Perast – Budva – Cetinje – Njegos - Dubrovnik**

#### **Inkludierte Leistungen:**

- ✓ Busfahrt zum Flughafen Wien Schwechat und zurück
- ✓ Linienflüge Wien - Dubrovnik - Wien mit Austrian Airlines
- ✓ Flughafentaxen und Sicherheitsgebühren (Stand: Juli 2019)
- ✓ 23 Kg Freigepäck und Bordservice
- ✓ Busfahrten in modernen örtlichen Komfortbussen ab/bis Flughafen Dubrovnik
- ✓ 2 x Nächtigung / Frühstücksbuffet im 4\* Hotel Valamar Lacroma Dubrovnik in Dubrovnik
- ✓ 2 x Nächtigung / Frühstücksbuffet im 4\* Hotel Budva in Budva
- ✓ Unterbringung auf Basis Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC, Tel., TV
- ✓ 1 x Abendessen im Hotel (Buffet mit lokalen Spezialitäten) in Dubrovnik
- ✓ 1 x GVV Abendessen in Dubrovnik (Spezialitätenrestaurant im Hotel)
- ✓ 2 x Abendessen im Hotel (Buffet mit lokalen und internationalen Spezialitäten) in Budva
- ✓ Schifffahrt Perast – Klosterinsel am 3. Tag
- ✓ 1 x Mittagessen mit dem berühmten Rohschinken, Käse, Oliven, Tomaten, hausgemachtem Brot am 4. Tag
- ✓ Alle Eintrittsgebühren, Citytaxen und Besichtigungen lt. Programm
- ✓ Lokale, deutschsprachige Reiseleitung
- ✓ Insolvenzschutz

#### **Flugzeiten mit AUSTRIAN AIRLINES**

Dienstag, 07.04.2020 Abflug ab Wien mit AUSTRIAN 12.50h – 14.10h an Dubrovnik  
Samstag, 11.04.2020 Abflug ab Dubrovnik mit AUSTRIAN 14.55h – 16.25h an Wien

#### **Preis:**

**Pauschalpreis pro Person im Doppelzimmer**

**€ 999,-**

**Einzelzimmerzuschlag (für alle 5 Tage)**

**€ 115,-**

**Optional:** Komplettschutzversicherung inkl. Storno: € 64,- pro Person

**Anmeldeschluss: 29.11.2019**

**Anmeldungen bitte unter:**

**[elisabeth.wenzl@gvvgld.at](mailto:elisabeth.wenzl@gvvgld.at) oder per Fax 02682/755-294**



Landesrat Heinrich Dorner, LT-Präsidentin Verena Dunst, Landesrätin Daniela Winkler, GVV Präsident Erich Trummer, Städtebund Burgenland Vorsitzende Ingrid Salomon und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

Foto: GVV

## GVV Burgenland und Städtebund Burgenland unterstützen Gratiskindergarten, Mindestlohn und Zukunftsplan Pflege

**G**VV Präsident Erich Trummer und Städtebund Burgenland Vorsitzende Ingrid Salomon bekennen sich beide zu den drei großen Leuchtturm-Projekten des neuen Landeshauptmannes Hans Peter Doskozil.

Der Zukunftsplan Pflege, die 1.700 Euro Mindestlohn und der Gratiskindergarten wurden von den Gemeindevertretern intensiv diskutiert und begutachtet. Bei der GVV Landesvorstandssitzung Ende August wurde

ein einstimmiger Beschluss gefasst, dass die Städte und Gemeinden diese Projekte aktiv mittragen und mitgestalten werden.

### Maßnahmen zur nachhaltigen Gegenfinanzierung liegen am Tisch

GVV Präsident Trummer: „Wir stehen als Gemeindevertreter zu diesen Leitprojekten und wir werden sie gemeinsam mit dem Land umsetzen, gleichzeitig liegen nach intensiven Gesprächen mit LH Hans Peter Doskozil bereits konkrete Maßnahmen zur nachhaltigen Gegenfinanzierung auf dem Tisch. Es besteht Konsens, dass die einnahmeseitigen Potentiale seitens der Gemeinden und seitens des Landes für die Gemeinden gehoben werden müssen, damit der geschätzte zusätzliche Kostenaufwand von den Gemeinden bewältigt werden kann.“

### Salomon: „Wollen im Burgenland Vorbild und Vorreiter sein“

Städtebund Vorsitzende Ingrid Salomon er-

gänzt: „Wir wollen im Burgenland Vorbild und Vorreiter sein und werden die großen Herausforderungen der Zukunft gemeinsam bewältigen. Wir Gemeindevertreter werden Vorschläge zur gemeindeeigenen Kostenminderung und betreffend möglicher Kooperationsmodelle zwischen Gemeinden bzw. auch zwischen dem Land und den Gemeinden ausarbeiten, damit wir langfristig auch genügend finanziellen Spielraum haben, um diese wichtigen Projekte für die Burgenländerinnen und Burgenländer umsetzen zu können.“

### Regelmäßige „Gemeindegipfel“ vereinbart

Vereinbart wurde auch, dass es in regelmäßigen Abständen „Gemeindegipfel“ geben wird, bei denen Spitzenvertreter des Landes und der Kommunen zusammenkommen. Dabei soll laufend von den Ergebnissen berichtet werden und die voraussichtliche Wirkung der Maßnahmen des Landes und der Gemeinden evaluiert werden.



# Unsere Kandidaten für die Nationalratswahl 2019

## Regionalwahlkreis Nord



Vzbgm. Andreas  
Rotpüller, Trausdorf



GR Angela Gludovatz,  
Steinbrunn



Anna Prünner,  
Draßburg



GR Anna Strodl,  
Forchtenstein



GR Bettina  
Zentgraf, Mörbisch



GR Christian Wöhl,  
Hirm



GR Gerda Kappel,  
Neusiedl am See



GR Ivan Grujic,  
Zagersdorf



Bgm. Karel Lentsch,  
Neudorf



GR Maximilian  
Köllner, Illmitz



GR Thomas Schwen-  
tenwein, Zemendorf



GR Verena Hänslér,  
Nickelsdorf

## Regionalwahlkreis Süd



GR Alex Gager,  
Weppersdorf



GR Andreas Wiede-  
rschitz, Deutschkreutz



GR Bianca Reiter,  
Rechnitz



Carina Pinzker,  
Unterkohlstätten



GR Christian Drobits,  
Rotenturm a. d. Pinka



Christoph Frühstück,  
Langeck im Bgld.



GR Florian Jandrisevits,  
Gerersdorf-Sulz



Vzbgm. Franz  
Rechberger, Pinkafeld



GR Gudrun Tanczos,  
Stegersbach



Bgm. Jürgen  
Schabhüttl, Inzenhof



GR Rebecca Pratscher,  
Oberloisdorf



GR Wolfgang  
Decker, Königsdorf

## SPÖ-Spitzenkandidatin, Bundespartei-vorsitzende Pamela Rendi-Wagner über die Richtungsentscheidung bei der Nationalratswahl am 29. September, einen sauberen SPÖ-Wahlkampf, die Ibiza-Koalition und eine Klimapolitik mit sozialer Handschrift.

**Wir stehen wenige Wochen vor einer entscheidenden Nationalratswahl. Was sind die sozialdemokratischen Hauptthemen dieser Nationalratswahl?**

Rendi-Wagner: Wir haben klare Vorstellungen, wie wir Österreich gestalten wollen. Sozialdemokratische Politik heißt für mich, allen Menschen zu ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten. Das macht diese Wahlauseinandersetzung auch so entscheidend. Es werden Weichen gestellt für die Zukunft der Menschen die-

anspricht. Bei diesen Gesprächen habe ich wachsende Zustimmung und viel Menschlichkeit gespürt. Was ich auch mitgenommen habe, ist, dass die Menschen keine Schmutzkübel wollen. Schmutzkübel bringen keinen einzigen zusätzlichen Hausarzt, keine leistbare Wohnung, keinen Arbeitsplatz, keinen sicheren Pflegeplatz und keinen Umweltschutz. Wir als SPÖ sind bei den Menschen und wollen daher eine Politik, die die Menschen unterstützt und ihre Lebenschancen verbessert.

der 53-Jährige aus Wien Ottakring, der 110 Bewerbungen geschrieben und weniger als 10 seriöse Einladungen zu Vorstellungsgesprächen bekommen hat, weil er über 50 Jahre alt ist. Es braucht also konkrete Lösungen – und die haben wir auf den Tisch gelegt. Wir wollen u.a. den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, beste Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig vom Geldbeutel, eine Pflegegarantie, Obergrenzen bei Mieten und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, die Wiedereinführung

## „Am 29. September wählen gehen,

ses Landes. Oder Weichen, die Österreich in Richtung mehr sozialen Zusammenhalt, mehr Fairness und mehr Anstand in der Politik führen. Es braucht Lösungen für die beste Gesundheitsversorgung für alle, ein Thema, das mir als Ärztin besonders wichtig ist. Es braucht Lösungen für Langzeitarbeitslose über 50, Lösungen für leistbares Wohnen und dafür, wie man den Klimawandel erfolgreich in den Griff bekommen kann. Und vor allem braucht es Maßnahmen, damit die hart arbeitenden ÖsterreicherInnen entlastet werden und unsere PensionistInnen gut von ihrer Pension leben können. Daher ist es so wichtig, am 29. September die SPÖ zu wählen: damit Menschlichkeit siegt!

**Wie verläuft die Wahlauseinandersetzung, wie ist das Feedback der Bevölkerung?**

Rendi-Wagner: Mir geht es um einen sauberen und fairen Wahlkampf. Bei meinen Bundesländertouren hatte ich ausführlich Gelegenheit zuzuhören. Die Menschen haben konkrete Fragen, aber auch konkrete Sorgen, wenn man sie auf ihre Zukunft

**Wie soll das Leben der Menschen spürbar verbessert werden?**

Rendi-Wagner: Wenn mir beispielsweise eine 80-jährige Frau erzählt, dass sie es 60 Kilometer weit hat bis zum nächsten Spital, dass dieser Weg bei starkem Schneefall

*„Für mich ist klar: Wer arbeiten geht, muss ein gutes Leben ohne Existenzängste führen können. Eine unserer wichtigsten Forderungen ist deswegen ein österreichweiter Mindestlohn von 1.700 Euro monatlich.“*

auch schon mal drei Stunden dauern kann und der Hausarzt, der in einem Jahr in Pension geht, keine Nachfolge hat, dann ist klar: Es braucht konkrete Maßnahmen. Ebenso, wenn mir eine Familie in Innsbruck erzählt, dass sie fast die Hälfte ihres gemeinsamen Einkommens für die Wohnung ausgibt. Oder

der Aktion 20.000 und sichere Pensionen durch die Festschreibung der Pensionskonto-Gutschriften in der Verfassung.

**Viele Menschen haben Schwierigkeiten, mit ihrem Gehalt auszukommen. Wie können die ÖsterreicherInnen entlastet werden?**

Rendi-Wagner: Für mich ist klar: Wer arbeiten geht, muss ein gutes Leben ohne Existenzängste führen können. Leider wird das tägliche Leben in Österreich aber immer teurer, zusätzlich steigen die Wohnkosten seit Jahren konstant. Am stärksten spüren die Preissteigerung Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen. Viele dieser hart arbeitenden ÖsterreicherInnen müssen am Ende des Monats jeden Euro dreimal umdrehen, damit sie mit ihrem Geld auskommen. Das ist nicht fair. Eine unserer wichtigsten Forderungen ist deswegen ein österreichweiter Mindestlohn von 1.700 Euro monatlich, der kollektivvertraglich abgesichert ist. Des Weiteren wollen wir als Kernstück unserer SPÖ-Steuerreform, dass die ersten 1.700 Euro für alle ÖsterreicherInnen steuerfrei sein sollen. Das ist sozial



SPÖ-Spitzenkandidatin, Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner im Interview über ihre Ziele in der Politik

Foto: Astrid Knie

## damit Menschlichkeit siegt!“

gerecht, treffsicher und bringt eine Entlastung für die hart arbeitenden Menschen in unserem Land.

### **Ein drängendes Thema in Österreich ist die steigende Gefahr der Altersarmut. Wie will die SPÖ dagegen vorgehen?**

Rendi-Wagner: Als Gesellschaft dürfen wir nicht zulassen, dass ältere ÖsterreicherInnen, die ihr Leben lang maßgeblich zum Wohlstand unseres Landes beigetragen haben, am Ende ihres Arbeitslebens von Altersarmut bedroht werden. Vor allem Frauen sind davon besonders betroffen: Wegen der Lohnschere, also der schlechteren Bezahlung von Frauen, und der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekommen Frauen im Schnitt nur halb so viel Pension wie Männer. Das will ich ändern. Indem wir im Juli die volle Anrechnung der Karenzzeiten im Parlament durchgesetzt haben, ist uns ein wichtiger erster Schritt zur Stärkung von Einkommen und damit Frauenpensionen gelungen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen: Wir wollen eine zusätzliche Extra-Pension in der Höhe von 50

Euro pro Monat bei der Karenzanrechnung. Davon würden 750.000 PensionistInnen profitieren – der Großteil davon Frauen. Außerdem wollen wir das flächendeckende Kinderbetreuungsangebot konsequent ausbauen und einen Rechtsanspruch auf ganztägige Gratis-Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr des Kindes einführen, damit Beruf und Familie besser vereinbar werden.

*„Sozialdemokratische Politik heißt für mich, allen Menschen zu ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten.“*

### **Die Klimakrise ist in aller Munde. Was sind die konkreten SPÖ-Vorschläge in Sachen Klimaschutz?**

Rendi-Wagner: Klimaschutz muss sozial verträglich sein. Die Politik darf die Verantwortung für Klima- und Umweltschutz nicht auf die einzelnen BürgerInnen abwälzen, sondern muss faire Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen umwelt-

und klimagerechtes Verhalten überhaupt an den Tag legen können. Unsere Vorschläge reichen von der Förderung von Green Jobs bis zur Attraktivierung von Bus und Bahn. So wollen wir ein günstiges Klimaticket, mit dem man um 3 Euro mit allen Öffis durch ganz Österreich fahren kann, um 2 Euro durch drei Bundesländer und um 1 Euro durch eines. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Bahnnetzes sowie eine Pendlerpauschale mit Klimabonus, also die Aufstockung der kleinen Pendlerpauschale auf die große, wenn man statt mit dem Auto mit den Öffis zur Arbeit fährt, ist ein weiterer SPÖ-Vorschlag. Mit diesen Maßnahmen könnte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Österreich um mehr als 300.000 Tonnen jährlich verringert werden. Das ist ein sehr guter Anfang für eine erfolgreiche Klimapolitik.

### **Was ist das Wahlziel?**

Rendi-Wagner: Unser Wahlziel ist klar: So viele Stimmen wie möglich bekommen. Denn jede Stimme für die SPÖ ist eine Stimme für mehr Menschlichkeit und gegen die Neuaufgabe der Ibiza-Koalition aus ÖVP und FPÖ!

Mit dem „Zukunftsplan Pflege“ hat Landeshauptmann Hans Peter Doskozil einen sozialen Meilenstein für die Burgenländerinnen und Burgenländer gesetzt. Das Ziel ist eindeutig: Wir lassen unsere ältere Generation und auch die pflegenden Angehörigen nicht im Stich! Der „Zukunftsplan Pflege“ hebt die Standards, spinnt ein engmaschiges Versorgungsnetz und wird den Wünschen der Burgenländerinnen und Burgenländer gerecht.

Der Zukunftsplan Pflege zum download unter: [bit.ly/zukunftsplanpflege](http://bit.ly/zukunftsplanpflege)



### GEMEINNÜTZIGKEIT

Die vom Land Burgenland für die Betreuung und Pflege eingesetzten Finanzmittel müssen in Form hochqualitativer Pflege und Betreuung in modernen Pflegeeinrichtungen den pflegebedürftigen Menschen zur Gänze zugutekommen. Dies gilt für alle Betreiber von Einrichtungen und Anbieter von mobilen Pflegediensten, die sich aus Mitteln des Landes Burgenland finanzieren.

Die Gemeinnützigkeit wird als Bewilligungsvoraussetzung für die Ausübung der Tätigkeit gesetzlich verankert. Erzielte Gewinne, die aus der Pflege- und Betreuungstätigkeit entstehen, sind zweckgewidmet ausschließlich und unmittelbar wieder für die Pflege, die Betreuung und die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Qualität der Pflegeeinrichtungen und der Pflegeangebote der Träger im Burgenland zu verwenden.



### NEUE GESETZLICHE REGELUNGEN

- Verfahrensbeschleunigung durch Reduktion der erforderlichen Bewilligungen (statt Errichtungs- und Betriebsbewilligung nur mehr eine Einrichtungsbewilligung)
- Verankerung einer Qualitätsdefinition
- Implementierung einheitlicher Qualitätsstandards in räumlicher Hinsicht
- Verbesserung des Personalschlüssels zu Gunsten mehr Personal am Bett bzw. bei den Bewohnern
- Installierung einer Mindestgröße von 60 Betten in stationären Einrichtungen



### ANSTELLUNG UND FÖRDERUNG VON PFLEGENDE ANGEHÖRIGEN

Das Land Burgenland wird – im Rahmen eines Pilotprojekts für zwei Jahre – die Anstellung von pflegenden Angehörigen im erwerbsfähigen Alter ermöglichen, die sich primär der Betreuung ihrer Angehörigen widmen und daher einer Beschäftigung nicht nachgehen können. Gleichzeitig wird diesen eine Ausbildung im Bereich der Pflege, eine Heimhelferausbildung, angeboten werden um eine qualitativ hochwertige Betreuung sicherzustellen und auch einen Berufseinstieg im Pflegebereich nach Ende der Pflegetätigkeit zu ermöglichen.

Dies wird insbesondere aus drei Gründen passieren: erstens, um diese Personen sozialversicherungsrechtlich abzusichern und ihnen den Lebensunterhalt zu wahren; zweitens, um den pflegebedürftigen Personen den Verbleib zu Hause zu ermöglichen; und drittens, um durch die Ausbildungsmöglichkeit auch mittelfristig zusätzliches Personal für den Pflegebereich zu gewinnen; Nach zwei Jahren wird eine Evaluierung des Pilotprojekts erfolgen.

Pflegende Angehörige die in Pension sind und die Partnerin bzw. den Partner ab Pflegestufe 3 pflegen, werden eine Förderung erhalten, wenn das Haushaltseinkommen unter € 1700,- liegt. Es wird mit der Förderung monatlich das Haushaltseinkommen auf € 1700,- aufgezahlt.



**GVV Landesvorstandsitzung:**  
 Zu einer außerordentlichen GVV Landesvorstandssitzung traf sich der GVV Landesvorstand Ende August um die wichtigen Vorhaben der bgl. Landesregierung wie Mindestlohn, Zukunftsplan Pflege sowie Gratis-Kindergarten zu diskutieren. Als Gast konnte die für Kindergärten zuständige Landesrätin Mag. Daniela Winkler begrüßt werden. Neben diesem Schwerpunkt wurde auch noch die Deregulierung auf Bundesebene besprochen. Hier sollen alle Landesverbände Vorschläge einholen und an den Österreichischen Gemeindebund übermitteln, um dann mit der neuen Bundesregierung zu verhandeln.

## Sozialökonomischer Betrieb der Volkshilfe Burgenland eröffnet

Die Volkshilfe Burgenland startete mit der „Schatzgrube“, dem ersten Volkshilfe Burgenland Shop ein gänzlich neues Projekt in Form eines sozialökonomischen Betriebs, das wesentlich vom Land Burgenland gefördert wird. „Als Soziallandesrat freut es mich sehr, mit der Schatzgrube ein Projekt realisieren zu dürfen, das viele Menschen in den Arbeitsmarkt integriert. Jeder verdient eine faire Chance auf Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben!“, erklärt Soziallandesrat Christian Illedits

Während der Öffnungszeiten können gut und sehr gut erhaltene Waren (von Kleidungsstücken, Schuhe über Spielzeug, Bücher bis zu Hausrat und Möbel usw.) abgegeben werden. Diese werden im An-

schluss wieder dem Verkaufsprozess zugeführt, wodurch gewährleistet werden kann, dass gut erhalten Gegenstände nicht weggeworfen werden, sondern anderen Menschen Freude schenken können. „Nicht die wirtschaftlichen Aspekte werden im Vordergrund stehen, sondern die sozialen Aspekte.“, ergänzt Volkshilfe-Präsidentin Verena Dunst.

Vor allem zwei Ziele sollen durch das Projekt Schatzgrube erreicht werden. Erstens soll ein umweltbewusster Umgang mit den Ressourcen ermöglicht werden, denn in der heutigen Konsumgesellschaft werden viele Gegenstände angeschafft, die oft gar nicht benötigt werden. Diesen Gegenständen wird die Schatzgrube einen neuen Sinn geben. So kann zum Beispiel eine Jungfa-

milie, die in die erste Wohnung zieht, günstige Möbel oder gut erhaltenes Geschirr erwerben und so auch das eigene Budget schonen. Generell ist die gesamte Bevölkerung in der Schatzgrube willkommen – von der Generaldirektorin bis zum „Schnäppchen“-jagenden Familienvater!

Das zweite wichtige Ziel ist die Beschäftigungswirkung. Es werden bis zu fünf fix angestellte Schlüsselarbeitskräfte einen neuen Job finden. Darüber hinaus wird in Kooperation mit dem AMS die Möglichkeit geschaffen, eine Reihe an Transitarbeitskräften, die schon lange auf Jobsuche sind bzw. als WiedereinsteigerInnen gelten, wieder in die Berufswelt zu integrieren. Seit 14. September 2019 ist die Schatzgrube von Dienstag bis Samstag geöffnet.

SCHATZGRUBE GROSSPETERSDORF • HAUPTPLATZ 12 • 24-STUNDEN-SHOPPEN AUF [www.schatzgrube.at](http://www.schatzgrube.at)  
 EINE INITIATIVE DER VOLKSHILFE BURGENLAND

# schatzgrube

Groß und Klein entdecken nachhaltige, wertvolle Dinge. Shoppen mit Sinn, ohne Klimbim!

„Bringen Sie uns gut/sehr gut erhaltene Gegenstände. Danke dafür, wir verleihen Ihren Gegenständen neuen Sinn!“  
 Cornelia Halper  
 Shopleitung

Mein Laden mit besonderen Sachen!

## Preiner: Fördersystem auf Bio umstellen

Nationalratsabgeordneter Erwin Preiner bekräftigt die Ablehnung des Mercosur-Abkommens durch die SPÖ. „Es schadet nicht nur dem Klima, sondern auch Landwirtschaftsbetrieben und KonsumentInnen in Österreich. Es ist längst Zeit den Umweltschutz ordentlich voranzutreiben und nicht Billigfleisch südamerikanischer Rinder- und Geflügelfabriken zu importieren. Wir wollen auch keinen Import von gentechnisch verändertem Soja, auch diese Forderung dient dem Klimaschutz, wenn stattdessen gentechnikfreies österreichisches Soja verwendet wird“, so der SP-Mandatar. Mit Blick auf die GAP-Förderperiode 2020+ macht sich Preiner für gerechtere und faire Mittelverwendung stark und fordert dabei eine Umstellung des Fördersystems in Richtung einer Bio-Wende.

„Die Gelder der GAP müssen kleineren, mittleren und Nebenerwerbsbetrieben zugutekommen. Es gibt immer weniger kleinere bäuerliche Betriebe, diese sind wichtig für die Stärkung des ländlichen Raumes und müssen hier auch im Fokus stehen“, so der Nationalratsabgewordnete.

Als ein persönliches Anliegen möchte Preiner Regionalität und Direktvermarktung in Österreich gestärkt sehen.



SPÖ-Abgeordneter und Sprecher für Landwirtschaft und Ländlicher Raum Erwin Preiner und Landwirtschaftsministerin Dr. Maria Patek

Foto: SPÖ



Familien- und Jugenlandesrätin Mag.<sup>a</sup> Daniela Winkler informierte Bürgermeister der Bezirke Güssing und Jennersdorf über Details des Planes der der Burgenländischen Landesregierung zum Gratiskindergarten und über Möglichkeiten der praktischen Umsetzung

Foto: Büro Landesrätin Winkler

## Gratiskindergarten: Auftakt zu Info-Veranstaltung für Bürgermeister

**L**andesrätin Daniela Winkler lädt alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Burgenlandes zu Informationsveranstaltungen zum Gratiskindergarten. Den Auftakt dazu gab es am 10. September für die Bürgermeister aus den Bezirken Güssing und Jennersdorf.

Die Landesrätin präsentierte die Eckpunkte und Neuerungen des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, das als Gesetzesvorschlag im Landtag eingebracht wird. Zentrale Punkte der Gesetzesnovelle sind die Befreiung der Familien von den Elternbeiträgen, die Ausdehnung der Öffnungszeiten, eine flächendeckende Ferienbetreuung für schulpflichtige Kinder und eine gesunde Ernährung in den Kinderkrippen und Kindergärten mit BIO-Produkten. Thematisiert wurde auch das neue Fördermodell, mit dem künftig die Personalkosten vom Land gefördert werden. Zusätzlich gibt es für die Gemeinden, die mit dem Wegfall der Elternbeiträge Einbußen zu verbuchen haben, eine Ausgleichsförderung. Das Land

Burgenland erhöht die Fördermittel um rund sechs Millionen Euro und zahlt somit mehr als 31 Millionen an die Gemeinden für die Kinderbildung und -betreuung.

Das Interesse der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister war verstärkt auf Details hinsichtlich der praktischen Umsetzung gerichtet. Die Landesrätin beantwortete mit den Mitarbeiterinnen aus der Fachabteilung unter anderem Fragen zu gemeindeübergreifenden Konzepten, den erforderlichen Bedarf zur Ausdehnung der Öffnungszeiten, der Verringerung der Schließtage und der Ferienbetreuung für schulpflichtige Kinder.

„Mit dem neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz wollen wir gemeinsam mit den Gemeinden insbesondere für unsere Familien im Burgenland für Verbesserungen sorgen. Um das zu erreichen, ist es wichtig, sich mit den Verantwortlichen auszutauschen und die Vorbereitungen zur Umsetzung zu treffen“, so Winkler.

## Europäischer Rat gibt Leitlinien für die kommenden Jahre vor

**D**ie vom Europäischen Rat am 20. Juni verabschiedete Strategische Agenda der EU, welche die Leitlinien für die nächsten Jahre vorgibt, enthält einen interessanten Passus: Die EU-Institutionen müssen sich auch in Zukunft auf das wirklich Wichtige konzentrieren, die Einbeziehung lokaler und regionaler Belange wird bei der Umsetzung der Prioritäten von großer Bedeutung sein.

Insgesamt lässt die Strategische Agenda für die Jahre 2019-2024 aber Ambition vermissen. Sie beschränkt sich darauf, bekannte Prioritäten zu unterstreichen und deren weitere Umsetzung anzustreben. In der Sprache unverbindlich werden vier Prioritäten definiert:

- Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten;
- Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis;
- Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas;
- Förderung der Interessen und Werte

Europas in der Welt;

Sicherheit nimmt breiten Raum ein, die Absichtserklärungen zu Dublin-Reform, Grenz- und Küstenschutz, Terrorismusbekämpfung und Abwehr von Cyberattacken bleiben aber vage.

Der Dienstleistungsbinnenmarkt soll ausgebaut werden, die Agenda spricht davon, dass kurzfristige Schwierigkeiten kein Hinderungsgrund für einen Markt mit 500 Mio. Konsumenten sein dürfen. Im Bereich Digitales bleibt unerwähnt, dass viele Regionen nicht über die nötige Infrastruktur verfügen. Das Klimakapitel ist wichtig, aber auch – wie die Diskussionen unter den Mitgliedstaaten zeigten – nicht unumstritten. Doch da die Kommission auch hier das Vorschlagsrecht besitzt, wird sie die Aufforderungen des Europäischen Rates wohl aufnehmen und in den Bereichen Energiepolitik, Mobilität, Umweltschutz (genannt werden explizit Luft- und Wasserqualität) und nachhaltige Landwirtschaft Vorschläge vorlegen.

Die Strategie Europa 2020 gab die Leitlinien für die wirtschaftspolitische Überprüfung der Mitgliedstaaten vor. Ob dies mit dieser Strategischen Agenda machbar ist, wird sich zeigen.



### Auszeichnung für Integrations-Kommunikationskampagnen

Der CLARINET-Award zeichnet Kommunikationskampagnen von Gemeinden in den Themenbereichen Migration und Integration aus. Gesucht sind Beispiele in den Kategorien Web/Soziale Medien, Traditionelle Medien sowie öffentliche Veranstaltungen.

CLARINET ist ein EU-Projekt, welches das Bewusstsein über den Beitrag von MigrantInnen in der EU stärken und Grenzgemeinden vernetzen will. Ins Leben gerufen wurde das Projekt von Lampedusa, österreichische Partner sind Traiskirchen und Straß/Stmk.

Die aktuell ausgeschriebene Auszeichnung prämiiert Kommunikationskampagnen von Gemeinden, in denen Integration stattfindet und gelebt wird, wobei auch relativ „einfache“ Maßnahmen wie Veranstaltungen oder Informationen in der Gemeindezeitung gesucht sind. Meist ist einem größeren Publikum nämlich nicht bekannt, wie und wieviel Integration vor Ort passiert.

Die Auszeichnung, für die sich Gemeinden noch bis 31. Juli bewerben konnten, will Gemeinden vor den Vorhang holen und die Möglichkeit zur weiteren Vernetzung bieten.

Die Sieger in den einzelnen Kategorien werden im November im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung ausgezeichnet. Bereits online sind etwa die Beiträge von Lustenau und Linz.

## Katastrophenschutzmechanismus „rescEU“ einsatzbereit

**D**er erst Anfang dieses Jahres beschlossene Katastrophenschutzmechanismus rescEU verfügt bereits über verbindliche Zusagen für Spezialgerät aus fünf Mitgliedstaaten. Es handelt sich um eine Flotte von Löschflugzeugen und -Helikoptern.

Die Idee für einen verstärkten Katastrophenschutzmechanismus kam nach den verheerenden Waldbränden im Sommer 2017. Nach anfänglichem Zögern nahmen die Verhandlungen aber im Herbst 2018 Fahrt auf.

Kurz nach Einigung der beiden EU-Gesetzgeber Anfang des Jahres wurde bekannt gegeben, das notwendige Gerät bereits diesen Sommer bereitzustellen.

Mittlerweile haben sich Kroatien, Frankreich,

Italien, Spanien und Schweden bereit erklärt, die Waldbrandbekämpfung im Rahmen eines europäischen Einsatzes mit Löschflugzeugen bzw. -hubschraubern zu unterstützen und so eine Flotte von vorerst sieben Flugzeugen und sechs Hubschraubern aufzubauen.

Die „Einsatzleitung“ für rescEU liegt bei der europäischen Koordinierungsstelle ERCC, welche bei parallel stattfindenden Ereignissen auch entscheidet, wo welches Material einzusetzen ist. Mitgliedstaaten können den Abzug von Maschinen verweigern, wenn diese im eigenen Land benötigt werden. Das europäische Satellitensystem Copernicus wird eingesetzt, um potenzielle Gefahrenherde frühzeitig zu identifizieren und Waldbrände schnellstmöglich eindämmen zu können.



## Österreichweites Treffen der Bürgermeisterinnen in Puch bei Weiz

Anfang August fand in der Steiermark das 13. Bürgermeisterinnentreffen des Österreichischen Gemeindebundes statt. Mit dabei auch die GVV Burgenland Vertreterinnen GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska aus Hirm und GVV Vizepräsidentin Bgm. Renate Habetler aus Bernstein, Bgm. Riki Reismüller aus Forchtens- tein, Bgm. Michaela Raber aus Rauchwart und Bgm. Andrea Reichl aus Deutsch Kaltenbrunn. Die SPÖ stellt im Burgenland insgesamt 8 Bürgermeisterinnen, davon sind 2 Vizepräsidentinnen des GVV Burgenland und eine weitere sitzt im Präsidium des Verbandes. Diskutiert wurden auch wichtige Themen in den Gemeinden wie betreutes Wohnen, Kinderkrippe, Senientagesstätte und Bücherei. Die Bürgermeisterinnen besuchten kulturelle Sehenswürdigkeiten wie das Keltendorf am Kulm. Ein Seminar zum Thema „Konflikte in der Gemeinde“ rundete das Arbeitstreffen ab.



SPÖ-Bürgermeisterinnen beim österreichweiten Bürgermeisterinnentreffen in Puch bei Weiz – unter ihnen auch die Delegation aus dem Burgenland  
Fotos: Österreichischer Gemeindebund

### I M P R E S S U M

#### Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

#### Redaktion: GVV Burgenland

**Druck:** Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt  
GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt  
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**